

Diese verbreitete unparteiische
tägliche Zeitung kostet
monatlich 25 Pfg.
in Chemnitz frei ins Haus.
Mit dem Extrablatt
Sonntags Bilderbuch
monatlich 35 Pfg. in Chemnitz
frei ins Haus. Außerhalb Chemnitz
Betragen monatlich 10 Pf.
Bei der Post ist der Anzeiger
nur mit dem Extra-Blatt
Lustiges Bilderbuch zu beziehen
für 35 Pfg. monatlich. (Nr. 6880
10. Nachtrag zur Postliste.)
Ausgabe: Donnerstags Abends
(mit Datum des nächsten Tages).
Verlags-Anstalt: Alexander Biele,
Chemnitz, Theaterstraße 3.

Sächsischer Landes-
Anzeiger
General-Anzeiger
für Chemnitz und Umgegend.

Anzeigenpreis: 6 Pfennig
Corpuskelle (ca. 9 Silben lang)
oder deren Raum 15 Pfg. —
Verzögerte Stelle (6 Silben lang)
Betrag ca. 11 Silben lang)
oder deren Raum 30 Pfg. Bei
wiederholter Aufnahme ent-
sprechend billiger. — Anzeigen
können nur bis Vormittag 10 Uhr
angenommen werden, da Druck
und Verbreitung der großen
Ausgabe längere Zeit erfordern.
— Die Anzeigen haben ohne
Preisauflage gleichzeitig
Verbreitung durch die
Chemnitzer Eisenbahn-Zeitung.
Telegr.-Adr.: Generalanzeiger.
Fernsprechnummer Nr. 188.

Nr. 154. — 12. Jahrgang.

für Chemnitz und Umgegend.

Wittwoch, 6. Juli 1892.

Die deutsche Weltausstellung.

Chemnitz, 5. Juli.
Durch den Bescheid der französischen Regierung, im Jahre
1900 eine Weltausstellung in Paris abzuhalten, hat die Weltaus-
stellungsfrage einen politischen Anstrich erhalten. Denn diejenigen
Pariser Elemente, welche zuerst den Vorschlag machten, im letzten
Jahre dieses Jahrhunderts eine neue große Ausstellung an der Seine
zu veranstalten, wurden dabei von keiner anderen Absicht, als der-
jenigen geleitet, Deutschlands Weltausstellungspläne zu durchkreuzen.
Es liegt nun eine Kundgebung der Reichsregierung zu der Ange-
legenheit vor, welche in der „Köln. Ztg.“ veröffentlicht wird. Darin
heißt es: „Ingeachtet der plötzlichen Sinnesänderung der französischen
Regierung in der Weltausstellungsfrage hat der Reichskanzler Graf
Caprivi sich entschlossen, die verbündeten Regierungen um amtliche
Stellungnahme zu dieser Frage zu bitten. Als die erste Nachricht
in Frankreich ankam, daß einige dortige Kreise die Veranstaltung
einer Weltausstellung in Paris im Jahre 1900 in Betracht zögen,
hatte der Reichskanzler alsbald die Gelegenheit ergriffen, durch den
deutschen Botschafter Grafen Münster beim Minister des Auswärtigen
in Paris, Ribot, anzukündigen, welche Stellung die französische Regie-
rung zu der Frage nehme und zugleich ihr mitzuteilen, daß sich in
Deutschland in der öffentlichen Meinung eine größere Strömung für
die Veranstaltung einer Weltausstellung in Berlin nach vor Ablauf
dieses Jahrhunderts kundgebe, und daß der deutsche Reichskanzler auf
eine rechtzeitige Verständigung in dieser Frage mit der französischen
Regierung hoffe. Minister Ribot erklärte alsbald, daß er ernste
französische Bestrebungen, welche die deutschen Wünsche durchkreuzen
könnten, nicht kenne und meinte zudem, daß es jetzt noch viel zu
früh sei, die ersten amtlichen Vorbereitungen für eine Weltausstellung
im Jahre 1900 zu treffen. Wenige Tage darauf hatte Herr Ribot
aber seine Ansicht bereits völlig geändert. Er theilte dem Grafen
Münster mit, daß die Vorbereitungen für eine Pariser Weltausstellung
bereits ernstlich in Angriff genommen seien, und demgemäß die fran-
zösische Regierung sich entschlossen habe, die Staaten zur Beschickung
einer Weltausstellung im Jahre 1900 einzuladen. Es kann keinem Zweifel
unterliegen, daß mit diesem auffälligen Schritte, der den Wunsch des
deutschen Reichskanzlers auf rechtzeitige Verständigung bei Seite schiebt
und mit übertriebener Eile eine feste Thatsache zu schaffen sucht, die Hoff-
nung vieler deutscher Kreise vereitelt werden soll, die nächste Weltaus-
stellung in Berlin stattfinden zu lassen. Der Reichskanzler hat in Deutsch-
land nicht die Entscheidung darüber, ob eine solche Ausstellung stat-
finden soll oder nicht. Sie liegt vielmehr ausschließlich in den ver-
bündeten Regierungen und beim Reichstage. Graf Caprivi hat sich
angeeignet der Veränderung der Sachlage beizutreten, namentlich durch eine
Umfrage die Stellungnahme der verbündeten Regierungen kennen zu
lernen. Es ist daher jetzt Sache der befreundeten Kreise, auf's Ehestimmteste
die deutschen Bundesregierungen über ihre Wünsche und Meinungen
in dieser Frage anzuklären. Die bisherige Bewegung zu Gunsten
der Weltausstellung ist einseitig und fast ausschließlich von Berliner
Kreisen und hat keinen Vertreter und getragen worden. Jetzt ist
es Sache aller derjenigen Kreise in den Provinzen, die eine Welt-
ausstellung wünschen, ihre Anschauungen nachdrücklich geltend zu
machen. Das gilt namentlich für die Vertreter unserer Großgewerbe,
ohne deren warme und kräftige Unterstützung die Ausführung einer
Weltausstellung unmöglich ist. Wollen in der That unsere Groß-
industriellen noch vor Ablauf dieses Jahrhunderts, also im Jahre 1897
oder 1898, eine Weltausstellung in Deutschland, so ist es Zeit, sich
zu rühren und Fache zu bekennen. Aus dem jetzigen Verhalten der
französischen Regierung läßt sich schließen, daß sie eine Vertheilung
Deutschlands an der Pariser Weltausstellung nicht wünscht, daß also
auch eine deutsche Weltausstellung auf französische Besichtigung nicht
rechnen kann. Wenn in der That eine große Anzahl unserer nennens-
werthen Industriellen sich mit voller Entschiedenheit für die Ver-
anstaltung einer Weltausstellung in Deutschland aussprechen sollte,
so werden zweifellos die deutschen Regierungen diesen Wunsch zur
That umwandeln. Es ist ein seltsamer Zufall, daß die französische
Regierung mit einer und derselben Handlung eine Unfreundlichkeit
gegen Deutschland begeht und doch ihre Zuversicht auf dauernden
Frieden ausdrückt. Es ist also zu wünschen, daß recht bald aus
industriellen Kreisen eine bestimmte und ungewöhnliche Kundgebung
in dieser Richtung erfolge. — Dasselbe Blatt erzählt von einem
dreißigjährigen Diplomaten zu den Aeußerungen des Fürsten
Bismarck über unsere Beziehungen zu Ausland eine längere Zuschrift,
in welchem es heißt: „Unbestreitbar ist und bleibt, daß die Stellung
Rußlands zu Deutschland und zum Dreibund, sowie die allgemeine
Lage im Osten im Wesentlichen dieselbe unverändert geblieben ist,
wie zur Zeit des Rücktritts des Fürsten Bismarck. Der Dreibund
ist verlängert worden und beherzigt nach wie vor thatsächlich die
Weltlage. Mit der russisch-französischen Annäherung rechnete bereits
Fürst Bismarck nicht mehr, als mit einer bloßen Möglichkeit oder
Wahrscheinlichkeit, sondern als mit einer vollzogenen Thatsache, der
gegenüber er in seiner Rede vom 6. Februar 1888 die gesammten
Kräfte der deutschen Nation zu den höchsten Anstrengungen aufrief.
„Kronstadt“ hat zwar viel Lärm gemacht und die Revanchehoffnungen
der Franzosen außerordentlich belebt; aber es schuf doch keine neue Thatsache,
sondern war nur die öffentliche Kundgebung eines schon längst bestehenden
Verhältnisses, das sich im Laufe der Jahre befestigt und vertieft hatte. Im
Osten endlich verfolgt Rußland mit unvergleichlicher Häufigkeit seine zwei-
hundertjährige Politik, in welcher heute seine ganze Staatskunst auf-
geht. Die Hauptstärke derselben besteht gegenwärtig in Worten auch
nach den größten und kühnsten politischen Niederlagen, die sie
durch eigene, schwere und kaum glänzliche Fehler zugezogen hat.
„Es ist ja die wahrscheinlichste Krisis, die eintreten kann, die orientalische“,
sagte Fürst Bismarck im Reichstage am 6. Februar 1888. Diese
Wahrscheinlichkeit eicht mit jedem Jahre näher, weil sich Rußland
auf die Dauer unmöglich in eine Lage im Osten fügen kann, durch
die es von den Ereignissen seiner Politik weiter zurückgeworfen ist, als
nach dem Kremltage. Mit dem Ausbruch der orientalischen Krisis
hat aber Fürst Bismarck ebenfalls gerechnet, das beweist der Abschluß
der Defensiv-Allianz mit Oesterreich-Ungarn gegen Rußland.“

Politische Rundschau.

Chemnitz, den 5. Juli.
Deutsches Reich.
In Tegernsee in Bayern hat am Montag in Gegenwart
des Kaisers von Oesterreich und zahlreicher anderer Fürstlichkeiten die
Veramählung des Herzogs Wilhelm von Nassau mit der Prinzessin
Analia von Bayern stattgefunden. Die heilige Handlung vollzog
Erzbischof Thoma von München. Der Kaiser von Oesterreich hat
sich von Tegernsee direkt nach Wilddob Castle begeben.
Der Reichskanzler Graf Caprivi wurde am Sonnabend
von der deutschen Kaiserin empfangen und zur Tafel gezogen.
Fürst Bismarck hatte, wie nach der „N. A. Z.“ ver-
lautet, vor seiner Abreise aus Friedrichsthal ein Schreiben an den
König Albert von Sachsen gerichtet, worin er sich bei demselben
wegen des Unterlassens der persönlichen Meldung mit der Kürze des
bevorstehenden Aufenthaltes in Dresden entschuldigte. Dem Be-
nehmen des genannten Blattes zufolge ist nun dieser Tage ein äußerst
hulvolles Handschreiben als Antwort des Königs Albert an den
Fürsten abgegangen.
Zu den bekannten Kritiken der „Nordd. Allg. Ztg.“
haben die „Hamb. Nachr.“, bekanntlich das Hauptorgan Fürst Bis-
marcks, bemerkt, daß sie es ablehnen, Publikationen des Blattes zu
besprechen, dessen Redacteur Fühler sich lächerlicherweise heranzunehmen,
seinen früheren Horen besprechen zu wollen. (Die „Norddeutsche“ war
bekanntlich früher Fürst Bismarcks Organ). Das heutige Organ des
Reichskanzlers will also nicht glauben, daß die Artikel der „Nord-
deutschen“ von der Reichsregierung herühren und deshalb nicht ant-
worten. Es ist nicht schwer, zu erkennen, daß vor Allem die Ant-
wort vermieden werden soll, und das ist trotz aller dreiben Worte
erkennlich. Schwierig Fürst Bismarck, wird die andere Seite darstelle
lassen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ antwortet kurz Folgendes: „Das
uns die Rücksicht auf die Gebote des guten Tons in der Presse ver-
bietet, dem Journal des Herrn Dr. jur. Emil Hartewitz auf das
Beispiel der persönlichen Ausapuhungen zu folgen, haben wir wohl nicht
nötig, erst noch besonders zu betonen.“
Der „Deutsche Reichsanzeiger“ veröffentlicht den
Wortlaut der Protestnote des deutschen Gesandten von Brag
in Lissabon gegen die Schädigung der portugiesischen Staatsgläubiger
durch die wegen der dort herrschenden Finanzschwierigkeiten erfolgte
Zinsreduction. Die portugiesische Regierung hat hierauf durch ihren
Vertreter erwidern lassen, daß sie außer Stande sei, mehr zu zahlen.
Wollte sie Leyeres, so würde sie in kurzer Zeit überhaupt nicht mehr
zahlen können. Was also nun? Weiter publiziert der „Reichsanzeiger“
die Aeußerung des deutschen Botschafters Freih. von Stamm an
Wladimir von dessen Antrag unter Erneuerung zum Wirklichen Geheim-
rath mit dem Titel Excellenz.
Die „N. A. Z.“ lassen aus Aifflingen sich melden, Fürst
Bismarck werde demnächst in den „Hamburger Nachrichten“ auf die
bekannten Ausführungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ antworten. Der
Fürst sei insbesondere über den Vorwurf des Wangels an Vaterlands-
liebe entsetzt. Nach den neuesten Bemerkungen der „Hamb. Nachr.“
scheint diese Antwort aber doch unterbleiben zu sollen.
Die Deutsche Vorkommission gedenkt, wie es heißt,
heute oder morgen ihre Berechnung von Sachverständigen zu be-
enden und alsdann in die Sommerferien zu gehen, die bis zum
September ausgedehnt werden sollen. Alsdann sollen erst die eigen-
lichen Verhandlungen ihren Anfang nehmen.
Das Comité der deutschen Coloniallotterien giebt
bekannt, daß die Expedition des Baron Fischer zum Victoria-See
Anfang April wiederabfahren in Tabora vereint war. Von dort
hoffte man in etwa 15 Tagen den großen centralafrikanischen See
zu erreichen.
Schnelle Fertigstellung der neuen Militärvorlage
verlangt die „Post“. Das Blatt äußert sich über dieses Verlangen
folgendermaßen: „Im vergangenen Herbst konnten trotz der im
Sommer 1890 gezeigten Präsenzstärke und der vermehrten Zahl
der Wehrfähigen wiederum 15,664 Mann von völliger Tauglich-
keit und Abkömmlichkeit nicht zur Einstellung in's Heer gelangen,
87,421 Mann wurden der Ersatzreserve überführt, von welchen
etwa ein Fünftel eine nochdrückliche Ausbildung erhält, vier Fünftel
aber ganz unangewendet bleiben, der 104,116 Mann des Landheeres
1. Aufgebots gar nicht zu gedenken, unter welchen noch viele drach-
bare Elemente stecken und die sogar der Controle gänzlich entzogen
sind. Angesichts dieser Verhältnisse halten wir es selbst unter An-
nahme einer im Allgemeinen zur Zeit friedlichen Constellation für
einen großen Fehler, wenn man die Einbringung der Militärvorlage
noch Jahre hinauschieben wollte. Handel es sich um den Preis
der seit lange erprobten zweijährigen Dienstzeit, den man zu zahlen
entschlossen ist, wird die Mehrheit des Reichstages wohl schwerlich
die Verantwortung auf sich nehmen, der kommenden Vorlage in ihren
wesentlichen Punkten die Genehmigung zu verweigern.“
Zur Prüfung von Nahrungsmitteln. Das bezüglich der
auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes vorzunehmenden Prüfung von
Nahrungsmitteln hat ein Mangel an geeigneten chemischen Sachver-
ständigen ergeben hat und die Mängel dieses, demselben durch Ein-
führung einer Prüfung abzuhelfen, in welcher Chemiker ihre Be-
fähigkeit zur Prüfung und Begutachtung technischer Fragen auf dem
Gebiete der Nahrungsmittelchemie nachzuweisen hätten, ist bereits
früher erwähnt worden. Nachdem nun der Reichskanzler das kaiser-
liche Gesundheitsamt beauftragt hatte, die Frage unter Beteiligung
von Sachmännern einer Erwägung zu unterziehen, ist als deren
Ergebnis ein Entwurf von Vorschriften für eine solche Prüfung auf-
gestellt worden, welche zur Zeit dem Bundesrathe vorliegt. Als Vor-
aussetzung für die Zulassung zur Prüfung soll das Bestehen eines
Gymnasiums, Realgymnasiums, oder einer Ober-Realschule gelten.
Unter den deutschen Industriellen, welche die Ausstellung
in Chicago beschiden wollen, besteht eine starke Mißstimmung über
die hinterher erfolgte Kürzung des zugewiesenen Raumes um ein volles
Drittel. Manche umfangreiche Vorbereitungen müssen in Folge dessen
gänzlich geändert werden.

Aus Deutsch-Ostafrika. Eugen Wolf, der Berichterstatter
des „Berl. Tgl.“ in Banjibar, bemüht sich fortwährend, Nachfolger
für den ihm persönlich verhassten deutschen Generalgouverneur von
Soden unabhängig zu machen. Es ist aber Thatsache, daß weder
Herr von Soden seinen Abschied zu nehmen gedankt, noch die Reichs-
regierung beabsichtigt, ihm denselben zu geben. In den Depeschen
des Herrn Eugen Wolf ist der Wunsch immer des Gedankens Baier.
— Auf Veranlassung des Geheimraths Dr. Kahfer hat
Dr. Peter sein Entlassungsgesuch zurückgezogen. — Geheimrath
Dr. Kahfer, Oskar Forchert und Leutnant v. Seydewitz
reisen am 7. d. M. nach Europa ab.
Oesterreich-Ungarn.
Die neuen Votumvorlagen kommen in dieser Woche
im österreichischen Abgeordnetenhaus zur Verathung.
Der Ausgang ist noch unklar, da der in voriger Woche plötzlich
angebrochene Zwist zwischen den Deutschliberalen und der Regierung
wegen der Anrückung deutscher Beamter durchans noch nicht bei-
gelegt worden ist.
Italien.
Zum Rücktritt des Herrn von Schölzer. Verschiedene
römische Zeitungen kläfen an die Nachricht von dem bevorstehenden
Rücktritt des preussischen Gesandten beim Papste, des Herrn von
Schölzer, die Vermuthung, daß angesichts der befreundlichen
Politik des Papstthums und dessen politischen Einwirkungsfeldes der
Posten Schölzers vorläufig unbesetzt bleiben werde.
Frankreich.
Die Pariser Zeitungen machen gar kein Hehl daraus,
daß die Abhaltung einer Weltausstellung in der französischen Haupt-
stadt im Jahre 1900, deren Zustandekommen allgemein als gesichert
angesehen wird, nur den Zweck habe, das Zustandekommen der
deutschen Ausstellung zu verhindern. Das wird wohl nun allerdings
nicht geschehen, im Gegentheil wird die deutsche Ausstellung aller
Wahrscheinlichkeit nach noch vor der französischen stattfinden. Damit
hätten die klugen Pariser sich selbst eine Falle gegrebt. — Von
der Dahomeyfrage kommen Nachrichten, nach welchen der
König von Dahomey mit den Franzosen Friedensverhandlungen an-
knüpfen wolle, was den Letzteren offenbar sehr willkommen wäre, da
sie keine Lust haben, eine kostspielige Expedition gegen Dahomey zu
unternehmen. Der König hat sich aber schon oft friedlich gestellt,
um neue Angriffe zu maskieren.
Spanien.
Die Unruhen in Madrid wegen Verschärfung der
Schlacht- und Maßsteuer scheinen beendet zu sein. Die Anzahl
der Verwundeten und Verestigten ist recht beträchtlich. Ein großer
Theil des Publikums befindet sich in gedrückter materielle Lage
wegen der Kravalle, bei denen es überaus noch ein Dupend Todte
gegeben hat. Auf dem Cavendishplatz und in der Toledostraße mußte
die Cavallerie einhauen, auf der Plaza Mayor gab es ein scharfes
Gezengesecht. Der Minister des Inneren wurde bei seinem Erscheinen
mit Steinwürfen bombardiert. Die Königin Marie Christine und der
kleine König Alfonso bleiben vorläufig in Madrid. Ein Liebespaar
der Kravalle auf andere Städte wird nicht befürchtet. Die Garisun
von Madrid wird vorläufig concentrirt gehalten.
Großbritannien.
Zu dieser Woche wird der Haupttheil der Wahlen
zum englischen Parlament stattfinden. Man wird also bald
übersehen können, wer England in den nächsten 6 Jahren regieren
wird. — In Afghanistan dauern die inneren Kämpfe fort. Die
Regierung ist wegen des Verkaufes der afghanischen Wirten nicht
ohne Sorge.
Schweden-Norwegen.
In Christiania dauert die innere Krisis fort, welche
dadurch entstand, daß der König Oscar die von der norwegischen
Volksvertretung beschlossene Gesetzesvorlage über eine selbständige und
von Schweden unabhängige Vertretung Norwegens gegenüber dem
Auslande ablehnte, worauf das im Amte befindliche Ministerium
zurücktrat. Aus den künftigen Volkshandlungen ist deutlich er-
sichtlich, daß man in Norwegen völlige Selbstständigkeit von Schweden
verlangt, der König von Schweden soll König von Norwegen sein
mehr nicht und weniger nicht. Schwedische Beamte und Officiere
sollen in die norwegischen Verhältnisse absolut nicht mehr hinein-
gedreht werden. Da der König meist in Stockholm ist, wäre Nor-
wegen also so ziemlich eine parlamentarische Republik.
Orient.
Das deutsche Reich hat mit Rumänien ein provi-
sorisches Handelsabkommen getroffen. Es werden für
solgende rumänische Erzeugnisse die deutschen Conventionszölle An-
wendung finden: Weizen, Roggen, Hafer, Buchweizen, Gerste, Raps,
Mais und gewalkte Gerste. Rumänien hat dagegen die Zusicherung
erteilt, daß die Einfuhr deutscher Waaren in keinem Falle ungünstiger
behandelt werden solle, als diejenige irgend eines anderen Landes.
— In Sofia nimmt der Proceß gegen die Mörder des
Finanzministers Pettschew seinen Fortgang. Das Vergehen
von mit russischem Gelde bezahlten Verschönerungen gegen die Sicher-
heit Bulgariens ist durch die bisherigen Vernehmungen schon als
erwiesen zu betrachten.
Afrika.
Heber die Vage im Sultanat Marokko, dem vielbegehrten
und viel umstrittenen, wird das Folgende mitgetheilt: Der Vicer
des Sultan von Marokko ist mit 3000 Fußsoldaten und 600 Reitern
in Alanzaba eingetroffen, um von mehreren Stämmen Tributzahlungen
einzufordern, welche dieselben verweigern. Man erwartet einen
Binnenkampf. Der Sohn des Sultans ist mit 4500 Infanteristen
und 1500 Cavalleristen an die algerische Grenze abgerückt, wo mit
Frankreich Grenzschwierigkeiten bestehen. — Bezüglich der eng-
lischen Schlichtereien in Centralafrika geben die dortigen
katholischen Missionare noch Folgendes bekannt: „Die Engländer
behaupten die Katholiken hätten zuerst angegriffen. Es ist aber Thatsache,
daß die Engländer die Katholiken erst nach Aufbruch der tausend